

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Gemeinderäte Dominik Nepp, Ing. Udo Guggenbichler, Mag. Gerald Ebinger und Mag. Wolfgang Jung betreffend Volksabstimmung zu TTIP, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 29.4.2016 zur Mitteilung der amtsführenden Stadträtin für „Finanzen, Wirtschaft und Internationales“.

Am 14. Juni 2013 wurden im Rat für Auswärtige Angelegenheiten / Handel die Leitlinien für die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika beschlossen. Österreich war bei dieser Ratssitzung durch den Botschafter Hubert Heiss vertreten, der bei dieser Sitzung für einen raschen Übergang in die Verhandlungsphase eingetreten ist.

Die Verhandlungen führt auf europäischer Seite die Europäische Kommission.

Laut den Leitlinien für die Verhandlungen wird die Kommission dem Ausschuss für Handelspolitik im Sinne der Transparenz regelmäßig über den Verlauf der Verhandlungen Bericht erstatten.

Die Aufnahme der Verhandlungen wurde am 17. Juni 2013 vom Präsidenten der EU-Kommission José Manuel Barroso zusammen mit US-Präsident Barack Obama, Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy und UK Premierminister David Cameron auf einer Pressekonferenz am Rande eines Treffens der G8 verkündet.

Darüber hinaus erfolgen die Verhandlungen völlig intransparent und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sodass es keine veröffentlichten Dokumente oder Informationen über den tatsächlich aktuellen Verhandlungsstand gibt.

Mittlerweile gibt es im Wirtschaftsministerium für Abgeordnete zum Nationalrat die Möglichkeit der Einsichtnahme in Dokumente, dies allerdings lediglich unter Aufsicht, Mitarbeiter oder Experten sind nicht zugelassen, die Dokumente liegen ausschließlich in englischem Originaltext auf, Ablichtungen und die öffentliche Wiedergabe der gewonnenen Erkenntnisse aus den Dokumenten sind strengstens verboten.

Neben dem mehr als hinterfragenswerten Zustandekommen dieses Abkommens stehen folgende Punkte auch diametral den Interessen der Europäerinnen und Europäer gegenüber:

Es soll ein Klagerecht für Konzerne gegenüber Staaten, wenn sie durch politische Maßnahmen ihre Gewinnaussichten bedroht sehen, implementiert werden.

Beim öffentlichen Beschaffungswesen werden soziale und ökologische Aspekte nur noch sehr eingeschränkt bei der Auftragsvergabe berücksichtigt.

Es sind ein Abbau von Arbeitnehmerrechten mit einhergehenden sinkenden Löhnen, das Unterlaufen von Arbeitsmindeststandards und wachsende Einkommensunterschiede zu verzeichnen.

Durch die in den USA bestehenden lascheren Regeln in Bezug auf Verbreitung und Kennzeichnung „gentechnisch veränderter Organismen“ (GMO) sowie die Behandlung von Nutztieren mit Hormonen und deren Fleisch mit Konservierungsmitteln kommt es zu einer Aufweichung der Lebensmittelsicherheit.

Letztendlich sollen auch die europäischen Nachhaltigkeitsstandards bei Biokraftstoffen durch TTIP ausgehebelt werden, wodurch bestehende und zukünftige Klima- und Umweltstandards massiv gefährdet sind. Ebenso steht die Weiterentwicklung der EU-Chemikalienrichtlinie REACH und der EURO-Norm für Auto-Emissionswerte unter Beschuss. Neben diesen bestehenden Regelungen gefährdet TTIP aber auch die Regulierung zukünftiger Technologien, wie zum Beispiel die gefährliche Gewinnung von Gas durch Fracking.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 16 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für das Abhalten einer österreichweiten Volksabstimmung über den Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP einzusetzen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.